Preußischer Landtag.

(Original-Bericht der Saale-Zeitung.)

Herrenhaus.

3. Sitzung vom 14. December.

Am Ministertische Dr. Friedberg und Kommissarien.

Präsident Herzog von Ratibor eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten.

Der Oberbürgermeister Kohleis ist am 23. Novbr. gestorben, das Haus ehrt sein Andenken durch Erheben von den Sitzen. Neu berufen ist der Beigeordnete Pelzer (Aachen.)

Der Rechenschaftsbericht über die weitere Ausführung des Gesetzes vom 19. Dezember 1869 betreffend die Konsolidation Preußischer Staatsanleihen wird nach dem Referat des Grafen v. d. Schulenburg-Angern durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

Es folgte die einmalige Schlußberathung über die Uebersicht der Verwaltung der fiskalischen Bergwerke, Hütten und Salinen im Preußischen Staate während des Etatsjahres 1882—83.

Dr. Bumstark erkennt an, daß ein langsamer aber solider und steiger Fortschritt sich auf dem Gebiete der Bergwerks- und Hüttenindustrie überhaupt und ebenso im fiskalischen Betriebe wahrnehmen lasse. Besonders erfreulich sei der Aufschwung in der Steinkohlenindustrie und im Eisenerzbergbau, wie im Eisenhüttenbetriebe. Auch der Nettoschichtlohn der Arbeiter sei wiederum gestiegen.

Geh. Kommerzienrath Stumm richtet im Anschluß hieran an den Minister die Bitte, bei der demnächstigen Reform des Knappschaftskassenwesens auf Grund der Reichsgesetzgebung die Autonome der Knappschaftsvereme möglichst zu wahren, und benängelt verschiedene Einzelheiten des in dieser Beziehung an die Oberbergämter bereits ergangenen Erlasses.

Der Bericht wird durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt.

In einmaliger Schlußberathung wird der Gesetzentwurf, betreffend den Rechtszustand der von dem Königreich Würtemberg an Preußen abgetretenen Gebietstheile, sowie die Abtretung preußischer Gebietstheile an das Königreich Würtemberg nach dem Antrage des Referenten v. Winterfeld unverändert genehmigt, womit die Tagesordnung erschöpft ist.

Nächste Sitzung: Sonnabend 12 Uhr.

T.-O.: Landgüterordnung für Schlesien.

Schluß 2¼ Uhr.

Abgeordnetenhaus.

15. Sitzung vom 14. Dezember.

Am Ministertische: v. Puttkamer,

Präs. v. Köller eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr mit der Mittheilung, daß der Abg. Dr. Schulz (Bochum) sein Mandat niedergelegt habe.

Die zweite Berathung des Etats wird fortgesetzt und zwar: Ministerium des Innern.

Die Einnahmen betrugen 4,323,288 M.

Abg. Bachem: Die Stadtverwaltung von Köln hat beschlossen, nach Ausscheidung der beiden untersten Stufen der Staatsklassensteuer auch den Kommunalzuschlag zu derselben zu beseitigen und den Ausfall durch einen erhöhten Zuschlag auf Einkommen von 6000 M. aufwärts zu decken. Die Regierung zu Köln hat nur dem ersten Theile dieses Beschlusses ihre Zustimmung ertheilt, den Deckungsmodus aber für unzulässig erklärt mit Rücksicht auf ein älteres Reskript des Ministeriums des Innern und des Finanzministeriums. Diese Ablehnung ist höchst bedauerlich, und da diese Angelegenheit demnächst auch in anderen großen Städten zu entscheiden ist, so richte ich an den Herrn Minister die Anfrage, wie er sich zu der Deckungsfrage stellt.

Minister v. Puttkamer: Die vorgebrachte Frage ist in ihrem grundsätzlichen Theile von ebenso hohem Interesse für die Regierung, wie für den Herren Abgeordneten. Die Regierung erkennt an, daß den Gemeinden nicht das Recht genommen werden könne, diesen Zuschlag zu beseitigen, aber es muß dies im Rahmen einer gerechten Kommunalbesteuerung sich halten. Gegen dieses Bestreben der Kommunen wird die Regierung stets ihr Entgegenkommen bethätigen. Den konkreten Fall anlangend, so stimmen meine Informationen mit denen des Abg. Bachem nicht überein. Es handelt sich nicht um einen noch schwebenden Beschluß der städtischen Behörden. Die Regierung zu Köln hat dem Beschlusse, soweit er sich auf die Deckung bezieht, ihre Zustimmung versagt und zwar de lege lata mit Recht. Die städtischen Behörden haben sich dabei beruhigt und einen anderen Beschluß gefaßt, dahingehend, daß der Ausfall durch gleichmäßige stärkere Heranziehung aller anderen Steuerpflichtigen gedeckt werden solle. Ich habe nicht gehört, daß die städtische Verwaltung von diesem Beschlusse abzugehen beabsichtigt. Wenn die prinzipielle Frage zur Erörterung kommen soll, so muß ich darauf hindeuten, daß in dem Moment, wo die Staatsregierung eine organische Reform der direkten Personalstaatssteuer vorbereitet, die in diesen Tagen zum Abschlusse gebracht werden soll, es doch mißlich sein würde, von der Ministerbank eine Aeußerung hierüber zu provoziren. Wahrscheinlich wird dieser Entwurf eine gelinde Progression enthalten. In dem Augenblicke aber, wo noch alles schwebt, werden Sie von mir nicht erwarten können, daß ich mich über die Frage der Zulässigkeit einer progressiven Kommunaleinkommensteuer erkläre.

Abg. Bachem: Für Köln ist allerdings im nächsten Jahre nichts mehr zu ändern, aber weil auch in anderen Kommunen die Frage zu entscheiden ist, so wäre es interessant, die Stellung der Regierung zu erfahren. Die Antwort des Herrn Ministers war eine dilatorische, aber keine abweisende und das genügt mir. Ich bin der Ueberzeugung, daß wenn die Sache demnächst an die Ministerialinstanz gebracht wird, die Entscheidung dahin lauten muß, daß das Ministerialreskript nicht nothwendig begründet und gegenüber unserer neuen Steuerpolitik unhaltbar ist. Gegenüber der verhältnißmäßig größeren Belastung der unteren Klassen durch die indirekten Steuern (Sehr richtig! links) ist eine Entlastung von direkten Steuern herbeizuführen und ein Ausgleich in einer verhältnißmäßigen Mehrbelastung der höheren Stufen zu suchen. Ich möchte den Kommunen, welche demnächst die Sache zu entscheiden haben, dringend anrathen, sich bei einem ablehnenden Entscheide ihrer Regierung nicht zu beruhigen, sondern die Ministerialinstanz anzurufen. (Bravo!)

Abg. v. Eynern: Ich möchte nicht so weit gehen, jeder Kommunalvertretung ein derartiges Besteuerungsrecht ohne gesetzliche Grundlage zuzugestehen, sonst könnten sämmtliche Kommunalsteuern nach und nach auf die höheren Klassen gewälzt werden.

Die einzelnen Einnahmepositionen werden genehmigt.

Die dauernden Ausgaben sind auf 41,636,219 Mark veranschlagt.

Bei Tit. 1 (Ministergehalt) ergreift das Wort

Abg. Rickert: Die Erklärungen des Herrn Ministers über das geheime Stimmrecht bei den Kommunalwahlen können wir nicht auf sich beruhen lassen. Wir werden unsren Antrag in jeder Session wiederholen, bis die Sache durch das Gewicht ihrer Gründe gesiegt hat. (Lärm rechts.) Was Herr von Puttkamer über die Stellung der Staatsbeamten sagte, war uns in hohem Grade überraschend, nicht deshalb, weil wir meinten, der Minister dächte und handelte nicht so, wie er gesagt hat — Herr von Puttkamer ist nichts anderes, als der Chef der konservativen Partei und hat als solcher die Interessen derselben bei allen Amtshandlungen im Auge. (Lauter Widerspruch rechts) — überraschend war uns nur die Offenheit, mit der er Dinge, die das Land und die Beamten längst von ihm wissen, hier ohne weiteres proklamirt; überrascht war uns, daß es dieser Seite des Hauses allein überlassen war, dagegen Protest zu erheben. Dagegen müßten von Rechts wegen alle Parteien protestiren. (Lachen rechts). Wir müssen die Frage sofort beim Etat weiter verhandeln, weil wir der Meinung sind, daß dies die Stelle ist, wo die Volksvertretung mitzusprechen hat. Der Minister erklärt, daß er bestimmten Kategorien von Beamten, welche ein ihm genehmes politisches Verhalten bei den Wahlen haben, die Vortheile zuwenden wird, deren Verfügung ihm zu Gebote steht. (Ruf rechts! hat er nicht gesagt!) So war der Wortlaut der Erklärung, sie scheinen sich zu geniren (Lachen rechts,) ein Beweis, daß Sie auf dem Wege der Besserung sind. Ich weiß nicht, ob der Minister gar nichts davon weiß, daß Beamte, die liberal gestimmt haben, nicht befördert werden. Er sagte: Sehr verschieden von der Frage, ob solche Beamte benachtheiligt werden sollen, ist die Frage, ob die Staatsregierung die Pflicht oder sogar das Recht hat, dem Könige irgend einen Beamten zur Beförderung oder Auszeichnung vorzuschlagen, der sich einer Agitation und notorischen Stellungnahme gegen die Staatsregierung schuldig gemacht hat, das wäre antimonarchisch und selbstmörderisch. Keinen Beamten soll wegen seiner Abstimmung ein Nachtheil treffen, aber kein Beamter soll sich der Illusion hingeben, daß, wenn er sich in dauernder Opposition mit der Regierung befindet, ihm Vortheile zugewendet werden, deren freie Verfügung gesetzlich in ihrer Hand liegen. — Diese dauernde Opposition dokumentirt sich doch durch die Abstimmung bei den Wahlen (Ruf rechts: Nein). Es handelt sich lediglich um das Verhalten der Beamten bei den Wahlen. Da entsteht die Frage, ob wir einer solchen Staatsregierung, einem solchen Ministerium des Innern, noch Fonds für Remunerationen zur freien Verfügung stellen sollen. Das ist eine Etatsfrage eminenten Ranges, weil die Gratifikationen nach diesen Grundsätzen nicht nach dem Verdienste im Amt vertheilt werden, sondern nach dem Verhalten bei den Wahlen. Nachdem im Reichstage der Kanzler sein Machtwort gesprochen hatte, trat der Herr Minister einen gedeckten Rückzug an und sagte sogar: wenn Sie das einen Rückzug nennen, so habe ich nichts dagegen. Ich nehme an, daß der Vizepräsident jedes einzelne Wort namens der Gesammtregierung gesprochen hat und kann einen Widerspruch zwischen ihm und dem Reichskanzler in der Gegenwart nicht gelten lassen. Sollen wir dem schreienden Mißbrauch der von uns zu bewilligenden Fonds mit ruhigem Blute zusehen, wenn er als Wohlthätigkeitsfonds für eine Parteirichtung benutzt wird? Es ist in Preußen nie gewesen, und wenn es so werden soll, so muß man wenigstens dagegen laut protestiren. Ich lade daher die linke Seite des Hauses und das Centrum (Oho! rechts) — (zur Rechten:) Sie haben doch kein Recht, für das Centrum zu sprechen — ein, Anträge bei der dritten Lesung einzubringen, welche das Remunerations- und Gratifikationswesen vor Mißbrauch bewahren Am 3. Mai 1881 wurde der Reichskanzler provozirt, wie er zu den vielfach konstatirten Wahlbeeinflussungen stehe; er erklärte: wir haben keinen Einfluß auf die Kommunalverhältnisse und können nicht dafür verantwortlich gemacht werden; ich bin nach dieser Richtung nicht so mächtig, wie der Vorredner mich schildert, aber viel tugendhafter; ich kann nicht sagen, daß ich nicht die Neigung hätte, die Wahlen zu beeinflussen, unterlasse es aber aus Vorsicht, und Vorsicht ist die Mutter der Weisheit. Der Stellvertreter des preußischen Staatsministeriums hat es sowohl an dieser Vorsicht, wie an dieser Weisheit mangeln lassen; er hat die Sache so behandelt, wie wir es von ihm gewohnt sind. Ich bin ihm dafür sehr dankbar, er hat uns durch diese Offenheit bereits vielfach, so in Torgau-Liebenwerda, geholfen, ich hoffe, er wird uns bei den nächsten Reichstagswahlen noch weiter helfen. (Große Heiterkeit links). Am 15. Dezember 1881 erklärte der Minister, daß diejenigen Beamten, welche mit Hingebung bei den letzten Wahlen für die Regierung eingetreten, des Dankes und der Anerkennung der Regierung und ihres kaiserlichen Herrn sicher sind. Unter lebhaftem Beifall der Linken und des Centrums protestirte Abg. v. Bennigsen gegen diesen Ausspruch. Am 24. Januar, nach dem Allerhöchsten Erlaß interpretirte der Reichskanzler denselben, daß ein Beamter in seiner eigenen Wahl völlig frei sei. Der Erlaß wende sich nur an die Beamten außerhalb ihrer eigenen Wahlthätigkeit. Von den politischen Beamten verlange er, daß die Politik der Regierung vertreten werde, d. h. daß sie verpflichtet seien, Lügen und Entstellungen gegen die Regierung entgegenzutreten. Von unpolitischen Beamten verlange Se. Majestät eigentlich gar nichts; der Erlaß erwarte nur, daß sie sich der Agitation gegen die Regierung des Königs enthalten, und das sei eine Ordnung des Anstandes. Diese Erklärung veranlaßte Herrn von Puttkamer zu dem bereits erwähnten Rückzuge. Wie stimmt diese Erklärung des Reichskanzlers zu der des Ministers in der letzten Sitzung? Wir sind auf dieser schiefen Ebene schon ein Stück weiter gekommen. Ich nehme an, daß der Reichskanzler jetzt den Minister von Puttkamer mit seiner Autorität decken wird, aber wie soll man den krassen Widerspruch erklären? Antimonarchisch und selbstmörderisch, sagte der Minister. Antimonarchisch gehe ich ihm zu, wenn er so behangen in seiner Ansicht als Vorkämpfer ist, daß er glaubt, er habe für seine Politik keine anderen Mittel, als den Zwang auf Gewissen und Ueberzeugung der Beamten. Wenn Sie kein anderes Mittel haben, Herr Minister, dann fürchte ich, daß Sie sich nicht lange mehr werden halten können! Ein großer Theil der Beamten hat bei den letzten Landtagswahlen nicht zu stimmen gewagt; bei der geheimen Abstimmung zum Reichstage hat die Mehrzahl ihrer Ueberzeugung freien Lauf gelassen. Ist das nicht eine demüthigende Erscheinung, schädigt der Minister damit nicht die Autorität der Beamten, wenn sie öffentlich für, und geheim gegen die Regierung stimmen? Sie nützen damit Ihrer Herrschaft nicht, geehrter Herr Minister! (Heiterkeit.) Sind denn die Interessen des Ministers von Puttkamer oder irgend einer Ministerdynastie identisch mit den großen Interessen der Monarchie der Hohenzollern? Das soll antimonarchisch sein, liberal stimmende Beamte zur Beförderung vorzuschlagen, Beamte etwa, welche den Ueberzeugungen getreu bleiben, welche Minister Delbrück ihnen eingeimpft hat, der das Vertrauen Sr. Maj. länger als Herr von Puttkamer genossen hat? Das geht über alles Maß hinaus (Lachen rechts), das für antimonarchisch zu erklären; will der Minister wirklich so weit gehen? Die dauernden Interessen der Krone haben absolut nichts zu thun mit den Interessen dieser Herren. Sie decken sich mit den dauernden Interessen des Landes und diese sind ganz andere, wie diejenigen der jeweiligen Minister. Deßhalb müssen wir als treue Anhänger der Monarchie . . . (Lärmender Widerspruch rechts.) Das ist schmachvoll, daß Sie soweit kommen, uns zu bestreiten, was jedem Patrioten das Erste ist. Den Patriotismus, den Sie haben, haben wir schon lange. Wir haben keinen Vortheil davon, aber Sie, die Sie im Besitze aller Stellen und Macht sind, haben am allerwenigsten Anlaß, sich mit Patriotismus zu rühmen, es giebt auch noch unabhängige patriotische Männer im Lande. Wir sind aufrichtige Anhänger der Monarchie weil wir darin den Schutz der gesammten nationalen Existenz und des Eigenthums aller geistigen und sittlichen Errungenschaften sehen, die möglichste Stütze der Gerechtigkeit für die Ausführung der Gesetze. Unser Patriotismus ist so gut wie der der Minister. (Bravo! links.) Die Verfassung verlangt, daß bei den Wahlen die wahre Meinung des Volkes zum Ausdruck kommt, und zum Volke gehört auch die große Zahl der Beamten. Hat es nicht eine Zeit gegeben, wo die Partei Manteuffel unseren Prinz-Regenten des Jakobinerthums beschuldigte: wissen Sie nichts davon, daß man Männer wie Stein und Hardenberg als Demokraten und Feinde des Vaterlandes bezeichnete, weil sie die damalige Politik nicht unterstützten? (Sehr gut! links.) Es giebt eine Partei im Lande, die, wenn sie kein anderes Mittel kennt, sich vor die Krone hinstellt und sagt: „Das sind die Feinde der Monarchie, wir sind die wahren Stützen." Es wäre Thorheit für uns treue Anhänger der Dynastie der Hohenzollern, wollten wir die Hand dazu bieten, diese höchste Macht herabzusetzen und zu verkleinern. Aber die Ueberzeugung habe ich, daß es schädlich für die Monarchie und für die Dynastie ist, wenn sie in den Kampf der Parteiinteressen hineingezogen wird; ihren dauernden Interessen entspricht ein unabhängiges charaktervolles Beamtenthum. Von den Vollstreckern der Gesetze bei den Wahlen die Verleugnung ihrer Ueberzeugung zu verlangen, heißt eine Prämie auf die Gesinnungs- und Charakterlosigkeit setzen. Wir wollen die Beamten nicht zu politischen Beamten machen. (Redner verliest einen Brief des Prinzen Albert über die Wahlbewegung im Jahre 1858, worin das Verhalten des Ministeriums Manteuffel scharf verurtheilt wird.) Diese Schmach entsteht jetzt von neuem. Wir werden laut dagegen protestiren, daß man uns einreden will, die dauernden Interessen der Krone seien identisch mit den Interessen des Ministeriums v. Puttkamer. (Wiederholtes lautes Bravo! links, Zischen rechts.)

Präs. v. Köller: Ich nehme an, daß der Abg. Rickert den Ausdruck schmachvoll, den er nur konditionell gebrauchte, nicht auf die Mitglieder dieses Hauses anwendete.

Minister v. Puttkamer: Mit der sehr großen Heftigkeit der eben gehörten Angriffe wird die Ruhe und Gelassenheit, mit der ich zu sprechen gedenke, (Ruf links: Na, na, na!) um Widerspruch stehen. Ich werde den Angriffen denjenigen vollen Gleichmuth entgegensetzen, den ein gutes Gewissen, das Bewußtsein einer gerechten Sache und klarer fester Wille mit sich bringt. (Bravo! rechts.) Ich soll Chef der konservativen Partei im Lande sein, und daraus folgen, daß ich eine Parteiregierung führe. Ich habe schon früher erklärt, daß Parteiregierung ein Name ist, und daß es auf den Inhalt, den man dieser Form giebt, ankommt. Ein größerer Irrthum ist wohl nicht möglich. Ein Parteiregiment ist gerade deshalb bei uns nicht möglich, weil wir eine starke Monarchie haben, die über den Parteien steht, und darum kann ich auch niemals Chef einer Partei sein. Ich räume ein, meine Beziehungen zu der konservativen Partei sind intimer als die zum Abg. Rickert. Gott sei Dank! (Heiterkeit.) Und ich sollte meinen, die Erklärung dafür liegt so nahe, daß ich kaum nach Motiven zu suchen brauche. Herr Rickert hat mir in der letzten Zeit ein formelles Mißtrauensvotum nach allen Richtungen hin gebracht. Es gab eine Zeit, Herr Rickert, wo Sie ein maßvoller Politiker waren, eine Zeit, deren ich mich sehr angenehm erinnere. Das ist anders geworden. Der Herr Abg. hat sich seit der Wandlung der Wirthschaftspolitik immer mehr zu einem grundsätzlichen Gegner der Regierung entwickelt. Darin liegt eine unüberwindliche Kluft; ich muß ja die Bedeutung des Abg. Rickert anerkennen und sagen, daß er ein keineswegs verächtlicher Gegner ist, namentlich in Bezug auf die Wahlagitation. Er hat darin Ungewöhnliches geleistet, allerdings bei den letzten Abgeordneten-Wahlen ungewöhnlich Erfreuliches zu Gunsten der Regierung; denn überall wo er als Reiseprediger auftrat, hat sich die Wissenschaft abgewendet. (Abg. Rickert ruft: In Torgau z. B.) Herr Rickert hat, um uns die Sache leicht zu machen, natürlich von vorn herein meine Worte verdreht und hat meine Ausführung so dargestellt, als ob ich mich zum Apostel des Satzes gemacht hätte, daß die Beamten zu Wahlmaschinen herabgedrückt werden. daß nur solche Beamte, die sich dazu hergeben, befördert werden sollen. Daß hierin eine unerhörte Korruption des Beamtenstandes liege wird Niemand bestreiten. Herr Rickert hat dann meine Aeußerungen in den beliebten, jetzt chronisch gewordenen Gegensatz zu bringen gesucht mit den Aeußerungen des Reichskanzlers resp. mit dem Allerhöchstem Erlasse. Wenn Herr Rickert nun noch die Illusion hat, daß ich immer zu weit gehe und desavouirt werden muß, so kann ich ihm nicht helfen, die Vertrauensstellung die ich bekleide einnehme, sollte ihn eines Besseren belehren. Herr Rickert sagte, meine Aeußerung über das Verhältniß der Beamten würde ich mit großem Bedachte ausgesprochen haben. Davon ist keine Rede, im Gegentheil, ich war erstaunt über die Provokation des Abg. Rickert und war auf solche Angriffe, weil sie thatsächlich unbegründet sind, nicht vorbereitet. Ich habe gesagt, daß keinen Beamten wegen seiner Abstimmung ein positiver Nachtheil treffen soll, daß aber allerdings, und dabei bleibe ich stehen, von dieser Frage himmelweit verschieden die andere Frage ist, ob sie den Beamten besondere Vertrauensbeweise geben soll, die sich der Agitation und der notorischen Stellungnahme gegen die Regierung schuldig machen. Es ist das keine bloße Frage der Autorität sondern auch des Vertrauens; wenn die Regierung gegen die politische Haltung des gesammten Beamtenstandes vollkommen indifferent wäre, wenn sie ihren prinzipiellen Gegnern bei jeder Gelegenheit das Manifest ihres besonderen Vertrauens entgegenbrächte, was sollte man dann im Lande von der Festigkeit ihrer Stellung und ihrer Prinzipien denken? Die öffentliche Stimme im Lande muß über die politische Haltung der Regierung orientirt sein und wenn die Regierung durch eine unkonsequente Handlung die öffentliche Meinung gewissermaßen darüber, dann begeht sie einen großen Fehler. Ich sagte, diese Frage ist ferner eine Frage des Vertrauens. Ich kann mir denken, daß ein Beamter, welcher dauernd gegen die Regierung agitirt, an sich formell eine sehr ausgezeichnete Qualifikation haben kann, aber ceteris paribus muß ich immer sagen, wie soll ein Verwaltungschef dazu kommen, einen Beamten, der ihm in den wichtigsten Fragen der öffentlichen Zustände diametral entgegensteht, in ein Vertrauensverhältniß zu bringen oder in einem solchen zu belassen. Es giebt Pflichten für die Staatsregierung, über welche hinaus sie eine prinzipiell gegnerische Haltung eines Beamten nicht ignoriren kann. Ganz verschieden davon sind unberechtigt wäre die Forderung, daß die Beamten sich aktiv zu Gunsten der Regierung bei den Wahlen betheiligen sollen; ich habe das nie ausgesprochen. Völlig verfehlt ist der Versuch, meine Aeußerungen in Widerspruch mit denen des Reichskanzlers zu bringen. Das Thema probandum liegt auf ganz anderem Gebiete. Es hat in der Interpretation des allerhöchsten Erlasses sich mit der Frage beschäftigt, welche positiven Leistungen auf dem Wahlgebiete die Regierung zu verlangen hat und welche nicht, und sagte: die politischen Beamten haben, vorbehaltlich ihrer eigenen Abstimmung die Regierung vor Verdrehung und Verdächtigung ihrer Absichten in Schutz zu nehmen, und: Die nicht politischen Beamten sind durch ihren Eid der Treue daran gemahnt, sich der Agitation gegen die Staatsregierung zu enthalten. Von den unpolitischen Beamten hat der Reichskanzler nur negativ gesagt, ihre Ausübung des Wahlrechts wird niemals ein Grund sein, gegen die Beamten einzuschreiten. Ich bin fest überzeugt, ohne mit dem Reichskanzler Rücksprache genommen zu haben, wenn Sie den Reichskanzler heute hier vor die Frage stellten: Soll die Regierung einem Beamten, welcher der vom König gewollten und von der Regierung unter ihrer Verantwortlichkeit vertheidigten Gesammtpolitik bei den Wahlen außerhalb derselben agitatorische dauernde Opposition entgegensetzt, ein besonderes Vertrauen beweisen? die Antwort würde ein deutliches „Nein" sein. Dieser Grundsatz ist so selbstverständlich, daß es keinen andern Ausdruck giebt, als zu sagen, eine entgegengesetzte Politik wäre selbstmörderisch. Wie Herr Rickert mit solchen Angriffen vorgehen kann gegenüber den Antecedentien seiner Partei in der preußischen Verfassungsgeschichte ist mir völlig unbegreiflich (Sehr richtig! rechts.) Was ist denn das Schibboleth der liberalen Partei in Bezug auf die Regierungsführung? Unnachsichtliches Durchsetzen des liberalen Gedankens, parlamentarisch oder außerparlamentarisch. Das ist das Centrum der konstitutionellen Politik. Eine Monarchie, wie die preußische denkt über diese Frage viel humaner und milder. Ich darf das mit dem vollen Gewichte der historischen Wahrheit sagen. Ich denke an meine Erlebnisse als junger Beamter, der, wie er selbst zugestanden, viel Fehler gemacht hat; das muß ich sagen, die Eindrücke, die ich in jener Zeit von den liberalen Anschauungen über die Freiheit der Beamten hinsichtlich ihres politischen Verhaltens bekommen habe, haben mich mit äußerstem Widerwillen erfüllt, weil mit Despotismus die Aufgebung jedes politischen Gedankens verlangt wurde. In der konstitutionellen Monarchie erfordert der Staatsmechanismus die willenlose Unterordnung der Beamten unter den Willen des leitenden Ministers. Die Partei, die damals zur Macht gelangen zu können sich einbildete, war es, die von der Regierung bei jeder Gelegenheit Hekatomben von Opfern forderte, und zwar nicht blos von Be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18831216045/fragment/page=0001

amten, die in ihren Handlungen der Regierung gegenüber stauben, sondern die Gesinnung wurde proskribirt. (Sehr richtig! rechts.) Aus der damaligen Presse und den Reden hier im Abgeordnetenhause kann ich nachweisen, daß der eigentliche Kampf des Ministeriums sich fast nur um diese Frage gehandelt hat. Graf Schwerin mit seiner edlen Ritterlichkeit verweigerte es, und seine angebliche Freunde drängten unaufhörlich darauf. Denken Sie doch an die berühmte Adresse, die nicht angenommen wurde. Die heißt es mit dürren Worten: Wir erwarten, daß die Regierung unnachsichtig ihren Standpunkt bei den Beamten zur Geltung bringen wird. — Diese Zumuthung ragt himmelweit über das hinaus, was jetzt die Regierung von den Beamten verlangt. Die National-Zeitung hat sich damals nicht entblödet, die vorhergegangene Adreß-Debatte dadurch zu verschärfen, daß sie den Widerspruch des Grafen Schwerin gegen diese unkeuschen Zumuthungen wie folgt kritisirte: „Wie hat das Ministerium diese Frage bis jetzt beurtheilt und was ist unter seiner Verantwortlichkeit zu verstehen? Letztere ist ein Wort ohne Inhalt. Das Urtheil des Ministers des Innern lautete dahin: daß er nicht nach den Gesinnungen, sondern nach Handlungen die Beamten beurtheile, die größte Antitheie, die sich denken läßt. Wir zählen diese Angelegenheit zu denjenigen, welche in der vorbersten Reihe stehen; wenn sie nicht endlich erledigt wird, so giebt es kein Fortkommen für die liberale Partei. Handlungen und Gesinnungen sind eins!" (Hört! hört! rechts.) Es wird also nicht etwa verlangt, daß die Beamten für die Regierung stimmen oder sich zurückhalten, nein, die liberale Gesinnung wurde zum Fußschemel der Forderung gemacht, die Beamten hekatombenweise zu beseitigen. Ich spreche einer Partei, deren Geschichte sie an diese Forderung bindet, das Recht ab, über das Verhalten der Regierung abzurutheilen. (Bravo! rechts.) Gott sei Dank steht die monarchische Regierung nicht auf diesem Standpunkte; sie wird auf dem Standpunkte stehen bleiben, welchen die Harmonie mit dem Erlasse vom 4. Januar und dem Reichskanzler hier entwickelt habe. (Bravo rechts. Zischen links.)

Abg. Frhr. v. Zedlitz. Die Aeußerungen des Reichskanzlers sind vom Abg. Rickert in unrichtiger Weise wiedergegeben worden. Ich will keinen Zweifel darüber lassen, daß nach des Ministers und unserer Meinung nicht die Wahlen der Beamten selbst ein Hinderniß für die Beförderung bilden sollen, sondern daß eine agitatorische Thätigkeit hinzukommen muß. Ich bin von meinen Freunden beauftragt, positiv zu erklären, daß wir entschieden gegen eine Abänderung des Reichswahlrechts in Bezug auf den Wahlmodus sind. Wir bitten die Regierung, die Erwägungen, die sie über diese Frage anstellen will, bald in diesem unserem Sinne zum Abschluß zu bringen. Wir sind der Meinung, daß auch dem Arbeiter bei der Wahl völlige Freiheit dem Arbeitgeber gegenüber garantirt werden soll. Das geheime Wahlrecht ist auf Vorschlag der Krone selbst eingeführt worden. Wir haben in Berlin gesehen, daß jetzt zum ersten Male die sozialistische Partei in ruhige, friedliche Bahnen einlenkt: dies ist ein Erfolg der neu eingeschlagenen Wirthschafts- und Sozialpolitik. Die Anschauungen der Arbeiterpartei stehen im vollen Gegensatze zu den wirthschaftlichen, politischen und religiösen Anschauungen der Fortschrittspartei, zu der Manchesterheorie, die den bestlosen Arbeiter nur als Arbeitsmaschine ansieht. Dem konnte die Regierung nicht mit berschränkten Armen zusehen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Gunerecus. Der Herr Minister hat wieder ein großes Geschick bewiesen, Nebenfragen in die Diskussion zu ziehen, Angriffe zu machen, die mit der Sache nichts zu thun haben. (Sehr gut! links.) Derartige Absichtsreizungen und persönliche Angriffe sind nicht nach meinem Geschmack. Der Minister hat selbst zugegeben, daß das liberale Ministerium nicht die heute bekämpften Grundsätze befolgt habe. Zu jener Zeit haben die politischen Beamten, die Landräthe, eine geradezu auf den Sturz des Ministeriums gerichtete Agitation getrieben. (Sehr richtig! links.) Diese zu beseitigen hat die liberale Presse die Regierung aufgefordert; sollte sie weitergegangen sein und Aeußerungen gemacht haben, die den Erklärungen des Ministers entsprechen, so müssen wir sie entschieden desavouiren. (Sehr richtig! links.) Ich hätte gewünscht, der Minister möchte seine neulichen Erklärungen heute energisch abmildern, er ist aber im Wesentlichen auf denselben stehen geblieben. Der Minister hat seine Erklärungen nicht auf die politischen Beamten beschränkt; auch alle anderen Beamten, auch Eisenbahn- und Justizbeamte sollen nach diesem Grundsatze, wenn sie sich in donnerndet Opposition zur Staatsregierung befinden, bei Beförderungen übergangen werden. Dies muß auf alle Beamten von nachtheiliger Wirkung sein. Die energischeren werden trotzdem ihre politische Ueberzeugung zum Ausdruck bringen und sind dadurch dem Staatsdienste verloren. Andere werden sich fügen, aber mißmuthig werden. Diejenigen schließlich, welche auch eigener Ueberzeugung für die Regierung stimmen, werden an Achtung einbüßen. Ueberhaupt wird der ganze Beamtenstand an Ansehen geschädigt, was tief bedauerlich ist. Die Erklärung des Ministers, die im Einklang mit dem Allerhöchsten Erlasse und der Interpretation des Reichskanzlers stehen soll, ist im Gegentheil eine ganz neue Verwaltungsmaxime. Fürst Bismarck hat bei seiner Erklärung nur an würdelose Agitation gedacht und von Benningsen hat dies noch weiter ausgeführt, ohne Widerspruch von seiten einer Partei des Hauses oder der Minister zu begegnen, vielmehr hat Herr v. Bötticher sich damit einverstanden erklärt. An die Stelle der unwürdigen Agitation setzt der Minister „dauernde Opposition" — ein gewaltiger Gegensatz! (Sehr richtig! links.) Die Erklärung des Ministers wird also durch den Erlaß und seine Interpretation nicht gedeckt. Pflichttreue Beamte, die ihre politische Gesinnung zum Ausdruck bringen, dürfen in keiner Weise in Nachtheil gesetzt werden. Remunerationen und Gratifikationen sind nur Regierung nicht gegeben als Machtmittel, sondern im Interesse des Dienstes. (Sehr richtig!) Wir wird es schwer, anzunehmen, daß Fürst Bismarck der gleichen Ansicht wie herr v. Puttkamer sei, ich hoffe, daß das nicht der Fall ist. Die konservative Partei hat mit uns ein beiderseits Interesse, die Stellung der Beamten zu schützen. (Bravo! links.)

Abg. Frhr. v. Minnigerode führt dem gegenüber aus, daß nur die Agitation der Beamten jene Folgen haben solle, die herr v. Puttkamer verheißen. Jede hervortretende Agitation eines Beamten gegen die Regierung sei würdelos: ein Gegensatz zwischen dem Reichskanzler und dem Herrn v. Puttkamer bestehe also nicht. Es würde Anarchie zur Folge haben, wenn nach dem Wunsche des Vorredners jedem Beamten das Recht zugestanden würde, die Staatsinteressen gegen die jeweilige Regierung zu vertreten. Die Behauptungen des Abg. Rickert, die heute eine kleine Etatsverhandlung in Aussicht stellen sollten, waren in nichts unter Beweis gestellt. Das Programm der Fortschrittspartei verlange eine feste Regierung, die ihre Ansicht bei den Beamten durchzubringen verstehe. Demgegenüber habe diese Partei kein Recht, den Ankläger zu spielen gegen die Regierung, sondern sie gehöre selbst auf die Anklagebank. Redner wendet sich gegen den Abg. v. Zedlitz, der mit Unrecht dem Abg. v. Rauchhaupt passalistische Anwandlungen vorgeworfen. In der That sei der Kern des guten Verhältnisses zwischen Arbeiter oder Arbeitgeber das Vertrauen. Das Vasallenthum möge man nicht schwächen, es bedeute den glänzenden Ausdruck der persönlichen Treue (Sehr richtig! rechts), die man heute, wo der nackte Egoismus seine Purzelbäume schieße (Heiterkeit), nicht mehr kenne. Die Liberalen suchen nach neuem Agitationsmaterial, ihr Stroh sei naß geworden, die Fanale wollen nicht mehr brennen (Heiterkeit). Von einem Parteiregiment könne in Preußen, wo die Minister Minister des Königs seien, nicht gesprochen werden, wer den Minister den Chef der konservativen Partei nenne, dem glaube man keine Versicherungen der Loyalität nicht mehr. Bei der konservativen Partei sei die Liebe zur Dynastie nicht Sache des Geblaches, sondern des Herzens und Gott möge Preußen davor bewahren, daß es nicht dem Ideal der Demokraten oder literarischen Catilinarier ähnlich werde. (Beifall rechts.)

Abg. Frhr. v. Schorlemer-Alst: Herr von Puttkamer mache auf ihn den Eindruck, als ob er höchstens auf dem rechten Flügel der Mittelpartei stände. Herr Rickert würde aber jedenfalls Herrn von Puttkamer einem Centrumsmann vorziehen. Die Sezessionisten werden voll der Regierung als verlorner Sohn betrachtet, die Rückkehr sei gar nicht ausgeschlossen. (Abg. Bindthorst ruft: Sehr gut!) Diese Herren haben unter dem liberalen Ministerium (Widerspruch) sich ganz so ablehnend verhalten, wie die Regierung heute. Damals erhielten Beamte keine Gratifikation, die für katholische Wahlmänner gestimmt hatten. Als ein Beamter für einen Centrumsmann und einen Nationalliberalen stimmte, erhielt er eine halbe Gratifikation. (Große Heiterkeit.) Die Aufforderung des Abgeordneten Rickert, daß das Centrum sich nun mit ihm vereinen möge, sei naiv und kühn, das Centrum werde aber allerdings das freie Wahlrecht stets hoch halten. Ueber den Ton haben die Liberalen kein Recht sich zu beschweren, denn sie seien es gewesen, die zur Zeit des Kulturkampfes einen unangenehmen Ton hier eingeführt haben. Und wenn sie den Konservativen vorwerfen, daß sie sich mit dem Schild des Kaisers decken, so decken sich die Liberalen hinter dem Mantel des Kronprinzen, um so einen Gegensatz zwischen Kaiser und Kronprinz zu etabliren. (Sehr richtig! rechts.) Die Aeußerungen des Ministers in betreff der Beamten seien beachtenswerth; aber wer wolle bestimmen was oppositionell sei? Heute sei es Richter, morgen vielleicht v. Puttkamer. Entweder sei das Wahlrecht frei oder man lasse es nicht bestehen! Durch den Druck, den die Regierung auf die Beamten ausübt, schaffe sie sich selbst Gegner des Monopolgedankens. Alle die gegen den Antrag stimmten, haben die Regierung in dem Bestreben gestärkt, das geheime Reichstagswahlrecht aufzuheben. Die Nationalliberalen haben dadurch zu ihrer Selbstvernichtung beigetragen. Ob die Liberalen großen Sinn für Verfassungsmäßigkeit haben, werde sich bei der Berathung über den Antrag Reichensperger zeigen. (Beifall im Centrum).

Minister Puttkamer: Ich muß Verwahrung einlegen gegen eine Insinuation des Abg. v. Schorlemer. Ich habe nicht die Andeutung gemacht, daß ich der Meinung sei, daß Beamten wegen ihren Stimmabgaben die Beförderung versagt werden sollte; sondern habe nur eine agitatorische Stellungnahme gegen die Regierung im Auge gehabt.

Abg. Frhr. v. Zedlitz verwahrt sich gegen den ihm vom Abg. v. Minnigerode gemachten Vorwurf, daß die Haltung seiner (des Redners) Partei im Widerspruch gegen früher stehe.

Abg. Richter: Herr v. Puttkamer hat es als eine Eigenthümlichkeit des konstitutionellen Systems bezeichnet, daß mit einem Systemwechsel und Ministerwechsel auch die gesammten Beamten wechseln müssen und hat dem gegenüber die Auffassung eines konstitutionellen Ministeriums als immun bezeichnet. Eine solche Praxis besteht nur in Nordamerika und alle Anhänger des konstitutionellen Systems und des Liberalismus haben stets bekundet, daß sie eine solche Praxis für verwerflich halten. In England findet häufig ein Systemwechsel statt und em Ministerium wechselt nur einen kleinen Kreis von absolut politischen Beamten, diejenigen, die die eigentlichen Arbeiten der leitenden Minister auszuführen haben. Es ist ja naturgemäß, daß ein Minister seine Vorlagen sich nur von einem Ministerialrath ausarbeiten lassen kann, der dieselbe Ansicht hat. Gegenwärtig macht man bei uns aber das Landrathsamt zu einer Parteiagentur, die Regierungspräsidenten zu Wahlagenten und das ist gar nicht nöthig. Der Herr Minister hat wiederholt auf die Zeit vor 20 Jahren zurückgegriffen und Herr v. Minnigerode hat das Wahlprogramm der Fortschrittspartei von 1861 vorgeführt, worin steht, daß die Regierung ihren Grundsätzen in allen Schichten der Beamtenwelt Geltung verschaffen soll. Was damals dem Ministerium Schwerin, dem sogenannten liberalen Ministerium — wie es niemals für liberal angesehen, ebensowenig wie den Fürsten Bismarck — zum Vorwurf gemacht worden ist, war, daß er sich zu Grundsätzen bekannte, denen seine Beamten im Amte schnurstracks zuwiderhandelten. Herr Handelt es sich um die außerordentliche Stellung, damals kam die amtliche Haltung der Beamten in Frage, der Mißbrauch des Amtes, vor allem der Mißbrauch des Amts zu Wahlbeeinflussungen gegen die Minister. (Hört! Hört! links.) Redner erweist diese Behauptung durch Verlesung eines Wahlzirkulars des Ministers von Flottwell und einer Reihe demselben widersprechender Ausführungsverordnungen von konservativen Landräthen.) Es geht so weit, daß bei der Wahl von 1850 die Landräthe und Präsidenten ihren amtlichen Einfluß mißbrauchten, um die Stellung der ihnen vorgesetzten Minister zu untergraben, daß sie dieselben verhöhnten, ihnen ein Bein zu stellen suchten. Die Minister hatten die schönsten Grundsätze, aber nicht die Energie, auch nur die Wahlfreiheit zu schützen. Wenn die Regierung bei der Bestätigung des Bürgermeisters Kauffmann in Bonn anfragt, ob er die Maigesetze zur Ausführung zu bringen bereit sei, so hat sie Recht; wenn sie aber weiter fragt, ob er es gern thut, so hat sie Unrecht. Die Rede des Herrn Ministers hat einen ungünstigen Eindruck im Lande gemacht; jeder Beamte hat den Eindruck: von diesem Ministerium kann man das Schlimmste erwarten, wenn man von seinem Wahlrechte Gebrauch macht. Redner hat der Herr Minister gewisse Spitzen, die eine Handhabe zu öffentlichen Angriffen bieten, unwickelt; in der Sache erklärte der dasselbe wie neulich. Ich bin nicht der Ansicht, daß Fürst Bismarck anderer Auffassung ist; dieses Ministerium ist völlig solidarisch, und hätte Herr v. Puttkamer eine abweichende Meinung ausgedrückt, so wäre er jetzt da, wo die 25 anderen Minister hingekommen sind. (Heiterkeit.) Wenn Fürst Bismarck im Reichstage dieselbe Meinung hätte zum Ausdruck bringen wollen, wie jetzt Herr von Puttkamer, so wäre er so hinterhältig verfahren, wie es niemals bei ihm der Fall ist; dann ist die Sprache dazu da, um die Gedanken zu verbergen. Was soll es bedeuten, zu erklären, es wird den Beamten kein positiver Nachtheil treffen? Ist es nicht viel schlimmer, wenn ein Beamter aller Vortheile der Beförderung, Versetzung, Remmerationen ꝛc. verlustig geht, als wenn er mit 30 M. im Disziplinarwege bestraft wird? In der Rede des Herrn Ministers ist stets von dem Gesammtverhalten die Rede, nicht von der Abstimmung als solcher (Widerspruch rechts.) Das Gesammtverhalten der Beamten muß jedoch überhaupt ausgeschieden werden, selbst wenn eine Agitation in Betracht gezogen werden darf. Der Herr Minister hat erklärt, einen Beamten, der gegen ihn stimme, den könne er nicht befördern. Ist es nun nicht Mißbrauch der öffentlichen Fonds, sie auftatt zu Belohnungsgratifikationen und Remunerationen zu Trinkgeldern für politische Abstimmungen zu verwenden. Und dann, wenn wir Minimal- und Maximalgehälter und höhere Stufen haben, soll es erlaubt sein, daß nur der in diese höheren Stufen einrückt, der seiner Ueberzeugung Gewalt angethan hat? (Hört! hört! links.) Nein, die Meinung ist, daß, wer ein gewisses Dienstalter hat und tüchtige Leistungen aufweist, eine entsprechende Gegenleistung erhält, oder soll sie ihm vorenthalten werden können? Nach unserer Auffassung ist es nicht reiner Zufall, wenn unter dem Minister Friedberg ein Landgerichtsrath, der konservativ wählt, aber fortschrittliche Gesinnung hat, zum Landgerichtsdirektor befördert ist. Mir ist der konservative Minister Leonhard lieber gewesen, der offen seine konservative Gesinnung bekannt hat, als Herr Friedberg, der von manchen für liberal gehalten wird. Wenn bei der Justizverwaltung so etwas geschieht, was sollen wir zu anderen Gebietern sagen? — Würde der Herr Minister den Eisenbahnbeamten, welche liberal wählen, nicht das Vertrauen schenken, die Passagiere sicher zu befördern? Einmal hat der Minister selber gesagt: Die Eisenbahn führt sozialistisches Petroleum, fortschrittliches Oel und konservativen Weizen. Ebenso können bei der Post Briefträger oder Unterbeamte sogar Sozialisten sein. (Unruhe.) Der Herr Minister sagt, im übrigen könne man formell ausgezeichnet qualifizirt sein, aber nicht politisch. Nu den Staat werden die schwersten Aufgaben gestellt. Wie soll er sie lösen, wenn die politische Gesinnung mehr als die geschäftliche Tüchtigkeit gilt? Die politische Gesinnung kann Heuchelei sein (sehr richtig! links), ein eherbes Kriechertbum, welches alle tüchtigen Männer abstreckt. (Unruhe rechts.) Meine Herren, denn wird die Wahl nicht mehr eine Prüfung der Gesinnung des Volkes, sondern eine einfache Machtprobe, ob der Staat stark genug ist, die Gesinnung im Volk zu unterdrücken. Das ist bei den Beamten der Fall. (Widerspruch rechts.) —Freiherr v. Zedlitz hat erklärt, daß die Freikonservativen die Regierung bitten wollen, von Erwägungen, das Reichstagswahlrecht zu ändern, Abstand zu nehmen. Wenn die Herren Freikonservativen und Konservativen gegen einander manövriren, so bin ich überzeugt, daß das der Reichskanzler wünscht. Wenn es nicht wäre, würden ja beide Parteien verschmolzen sein, denn ein innerer Unterschied besteht zwischen beiden nicht. (Heiterkeit. Sehr richtig! links.) Die Erklärung des Herrn von Minnigerode lautet, es liege keine Veranlassung vor zur Abschaffung der geheimen Wahl. Das ist eigenthümlich. Während der Mittwochsrede des Herrn v. Puttkamer, als er sagte, daß die Regierung daran denke, das geheime Wahlrecht abzuschaffen, heißt es im stenographischen Bericht: Lärm links, Beifall rechts. Ob das von den Polen damals gekommen ist (Heiterkeit), erwähnt der Bericht nicht. Heute erklären die Konservativen, daß sie diesem Antrage sehr kühl gegenüberstehen; Sie nehmen also Ihren Beifall zurück. Herr v. Rauchhaupt ging noch weiter, zu förmlichem Enthusiasmus, sogar Leidenschaftlichkeit gegen das geheime Wahlrecht. Er sagte, die geheime Wahl sei die Negation der Monarchie, der Krone. Er verglich die Krone mit einem Adler, der auf einer glatten Stange sitze. (Beifall links.) Aber diese Stange wurzle fest im Erdboden, die geheime Wahl untergrabe diese Wurzel. Heute wird der Adler auf der glatten Stange allein gelassen. (Große Heiterkeit.) Jetzt ist die Stange zu rund und die Herren werden ängstlich. (Widerspruch rechts. Sehr richtig! links.) Der Minister von Puttkamer ist allein gelassen, seine einzige Partei mehr auf seiner Seite, wenn nicht einige Wilde. (Wiederholte Heiterkeit.) Wir sehen aber, daß der Minister es nicht so tragisch nimmt (Heiterkeit) und er hat recht. Wenn die Sache ernst wird und der Reichstag danach zusammengesetzt ist, dann wird ihm die Unterstützung der Konservativen und Freikonservativen nicht fehlen. Sie werden Gründe finden, das geheime Wahlrecht zu verwerfen. (Sehr richtig! links.) In Bezug auf die sozialistische Partei hat man mir einen Mangel an historischer Achtung vorgeworfen; sie sei älter als die Sozialpolitik des Fürsten Bismarck. Redner führt aus, daß dieselbe unmittelbar mit dem Ministerium Bismarck aufgetreten sei und wesit auf dessen Verhältniß zu Ferdinand Lassalle hin. Dadurch sei die Bewegung großgezogen. Bei eingetretner Reform habe sich dieselbe Kritik gegen die Regierung gewendet. Jetzt gelte das alles für staatsgefährlich und die öffentliche Ordnung gefährdend. Die Anschauungen des Herrn v. Zedlitz widersprachen so den Berichten des Ministers über die Berliner Zustände. Redner folgert daraus die Pflicht zur Aufhebung des Belagerungszustandes. Die Fortschrittspartei sei nach wie vor gegen eine Verfälschung des Sozialistengesetzes, das in seinen Konsequenzen nur eine Reihe distretionärer Befugnisse für die Regierung herbeiführe. (Lebhafter Beifall links, Zischen rechts.)

Minister v. Puttkamer führt aus, daß er die Wiederkehr der Behauptung erwartet hätte, daß mit ungleichem Maße gemessen würde. Bei den Ausführungen des Abg. Richter treffe nur dasselbe zu, wie bei Herrn Dr. Virchow, daß dieselben nur eine allgemeine Polemik aber keine festen Anhaltspunkte darbieten. Die Regierung habe nach dem Gesetze einfach die äußeren Merkmale der Sozialdemokratie zu Tage zu fördern. Niemand aber dürfe die sogenannte Arbeiterpartei mit dieser Bewegung gleichstellen, die nur konkreten Forderungen der Standesinteressen und Nahrungsverhältnissen Rechnung tragen wolle. Das Auftreten der Sozialdemokratie habe nicht in jener Verbindung mit Lassalle ihre Veranlassung, sondern sei ein weltbistorisches Ereignis. Ihre Bekämpfung sei nur möglich durch eine gesunde Reform und nicht durch so allgemeine, abgestandene Redensarten, wie die des Abg. Richter. Der eigentliche Hemmschuh für diese Reform sei die Fortschrittspartei. Auch in der Sozialdemokratie sei manches Gute, und diesen guten Kern müsse man herausschälen. Die Fortschrittspartei aber dürfe sich rühmen an einer gesunden Reform der Sozialdemokratie nicht den allermindesten Antheil gehabt zu haben. Der Behauptung des Abgeordneten Richter, daß es das Charakteristikum der sogenannten konstitutionellen Regierungsform sei, daß mit jedem Wechsel des Ministeriums ein Wechsel der Beamten eintrete, widerspricht Redner auf das Entschiedenste. Allerdings sei die Staatsmaschine ein Mechanismus, der eine gewisse Unterordnung seiner Glieder verlange, aber dennoch könne die Monarchie auch ein selbstständiges Leben wohl ertragen. Ferner habe er es nicht zur Parole gemacht, anstatt der geschäftlichen Tüchtigkeit für ein Amt die politische Gesinnung eines Beamten als das Entscheidende gelten zu lassen, sondern er habe nur gesagt, daß neben der geschäftlichen Tüchtigkeit auch die politische Gesinnung eines Beamten beachtet werden müsse. — Seine praktische Stellung in dieser ganzen Sache wird alle Vorwürfe widerlegen.

Abg. Graf Limburg-Stirum bestreitet, daß seine Partei in der Frage des geheimen Wahlrechts heute einen Rückzug angetreten habe und stellt sich in betreff des Wahlrechts der Beamten ganz auf den Standpunkt des Ministers.

Abg. Dr. v. Cuny: Das Centrum könne viel für freie Wahlen thun, wenn es die Beeinflussung der Geistlichen verhindern wollte, denn von dieser seite sei das freie Wahlrecht mehr als von den Fabrikherren beeinträchtigt worden. (Widerspruch im Centrum.)

Abg. Dr. Windthorst: Mir scheint, daß der Kernpunkt der ganzen Debatte sich um die Frage drehte, die Anschauungen der Staatsregierung und des Ministers v. Puttkamer insbesondere in bezug auf die Thätigkeit der Beamten bei den Wahlen zu ermitteln. Nach meiner Auffassung sind die Erklärungen des Herrn Ministers nicht ganz zutreffend, denn sie standen nicht im Einklange mit dem, was im Reichstage über diesen Punkt verhandelt ist. Die Erklärungen des Reichskanzlers bei Gelegenheit der Kaiserl. Botschaft sind als zutreffend oder mindestens hinreichend angesehen worden. Ich möchte als Facit der heutigen Diskussion ziehen, daß alle, den Minister des Innern nicht ausgenommen diese Erklärungen des Herrn Reichskanzlers als maßgebend angesehen und daß auch in diesem Sinne die Kaiserl. Botschaft zu interpretiren ist. Die Frage wegen der Wahlfreiheit der Beamten werde wohl unter keinem Ministerium sterben. Ein Mittel, aus diesem Zustand herauszukommen, sei, den Beamten, wie dies beim Militär schon geschehen, das Wahlrecht gänzlich zu nehmen. In der heutigen Debatte habe ihn gefreut, daß Herr Richter Herrn v. Schorlemer gegenüber verlegen geworden sei, weil dieser eben unwiderlegliche Thatsachen angeführt habe. Das Centrum werde seine Prinzipien stets verfechten, auch seinen bittersten Gegnern gegenüber. Herrn Richter habe sich in der Beamtenfrage so gut informirt erwiesen, daß man annehmen dürfte, er habe Beziehungen im Ministerium. Uebrigens wolle er Herrn Richter zugestehen, daß er (Richter) keine Rede, namentlich in Finanzfragen halte, ohne daß er (Redner) an seinen Lippen hänge, denn er lerne immer etwas von ihm. Der Liberalismus, wenn er am Regiment sei, wie ein Ministerium Delbrück, Camphausen übe diese Prinzipien ein, die er hier vertheidige. (Ruf: Bismarck.) Wie Bismarck ist, weiß ich nicht, er ist ja nicht hier (Heiterkeit), aber ich glaube, auch er kehrt zu seiner ersten Liebe zurück. Im Uebrigen befinden sich die Katholiken jetzt ein Körnchen besser als unter dem früheren Regime.

Die Debatte wird darauf geschlossen und nach einer großen Reihe persönlicher Bemerkungen der Titel bewilligt.

Nächste Sitzung: Montag 11 Uhr. Tagesordnung: Etat.

Schluß 5 Uhr.

Handels-, Verkehrs- und Börsen-Nachrichten.

* Stettin, 14. Dez., nachm. (Telegr.) **Getreidemarkt.** Weizen unv., loco 165,00 bis 182,00, pr. Dez. 184,00, pr. April-Mai 188,50. Roggen unv., loco 142,00 bis 146,00, pr. Dez. 144,00, pr. April-Mai 147,50. Rüböl unv., pr. Dez. 64,50, pr. April-Mai 65,00. Spiritus fest, loco 47,10, pr. Dez. 46,00, pr. April-Mai 48,50.

* Posen, 14. Dez. (Telegr.) Spiritus loco ohne Faß 46,80, pr. Dez. 47,10, pr. Juni 47,10, pr. April-Mai 48,20. Fest.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18831216045/fragment/page=0002